

Landesschiedsgericht
des Landesverbandes Thüringen
der Piratenpartei Deutschland
Holzheienstraße 4
99084 Erfurt

Geschäftszeichen: 1/10

B E S C H L U S S

In dem Schiedsgerichtsverfahren

wegen Einstweiliger Aberkennung der Parteimitgliedschaftsrechte

hat das Landesschiedsgericht des Landesverbandes Thüringen der Piratenpartei Thüringen durch den Vorsitzenden Richter Martin Herrmann und die Richter Axel Anders und Christian Benad am 30.06.2010 für Recht erkannt:

Das Verfahren ist einzustellen.

ENTSCHEIDUNGSGRÜNDE:

Am 26.11.2009 wurde, auf Grundlage der Regelungen der Bundessatzung der Piratenpartei Deutschland §6 (3) und des Parteiengesetzes §10 (5), vom Beklagten der Entzug aller Rechte des Klägers, die sich aus der Parteimitgliedschaft bei der Piratenpartei Deutschland ergeben, beschlossen. Der Beschluss des Beklagten steht im Zusammenhang zu dem gegen den Kläger eingeleiteten Parteiausschlussverfahren.

Am 20.01.2010 reichte der Kläger eine Klage auf Rücknahme des Beschlusses vom 26.11.2009 vor dem Landesschiedsgericht des Landesverbandes Thüringen ein.

Dem Kläger wurde am 20.04.2010 die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland auf Grundlage fehlender Mitgliedsbeiträge für das Kalenderjahr 2010 aberkannt. Die Schiedsgerichtvereinbarung in der Satzung der Piratenpartei Deutschland ist an die Mitgliedschaft in der Piratenpartei gebunden. Ohne bestehende Mitgliedschaft ist auch ein Verfahren wegen einstweiliger Aberkennung der Rechte die sich aus der Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland ergeben nicht möglich.

Daher ist das Verfahren wegen Einstweiliger Aberkennung der Parteimitgliedschaftsrechte einzustellen.

Dessen ungeachtet muss das Gericht die lange Untätigkeit des vom Bundesvorstand der Piratenpartei Deutschland bestellten Klagevertreters im Parteiausschlussverfahren

ren gegen den Kläger bemerken. Die einstweilige Aberkennung der Rechte, die sich aus der Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland ergeben, ist auf dringende und schwerwiegende Fälle, die ein sofortiges Eingreifen erfordern beschränkt und an ein Parteiausschlussverfahren vor den zuständigen Schiedsgericht gebunden.

Rechtsmittelbelehrung:

Der Beschluss ist unanfechtbar.

Sollte der Kläger die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland zurückerhalten, kann er die Wiederaufnahme des Verfahrens wegen einstweiliger Aberkennung der Parteimitgliedschaftsrechte vor dem Landesschiedsgericht des Landesverbands Thüringen der Piratenpartei Deutschland beantragen.